

4 Abstimmungen

Kommentar

Gleichstellung der Strasse mit der Bahn

SIDONIA KÜPFER

Das Resultat fällt sehr deutlich aus: Kein einziger Kanton stellte sich gegen die Einführung des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Knapp 62 Prozent der Abstimmenden wollen die Strassenfinanzierung mit einem unbefristeten Fonds sicherstellen. Das zeigt, welch hohen Stellenwert die Bevölkerung der Strasseninfrastruktur zumisst. Und der Entscheid verhindert das Ausspielen des Strassenverkehrs gegen den Schienenverkehr.

Im Windschatten der bedeutsamen USR-III-Abstimmung und der emotionalen Vorlage über erleichterte Einbürgerungen für die dritte Ausländergeneration ging die Abstimmung über den NAF fast unter. Eine echte Diskussion fand nicht statt, die Gegner waren offensichtlich anderweitig beschäftigt. Allerdings hatte wohl auch der Urnengang zur Milchkuh-Initiative, die sämtliche Erträge der Mineralölsteuer für die Strasse nutzen wollte, bereits zum Meinungsbildungsprozess beigetragen: Das Stimmvolk hat die zu extreme Milchkuh abgelehnt und dem austarierten NAF zugestimmt, das ist erfreulich.

Nun fliesst also jährlich eine Milliarde Franken zusätzlich in die Strasseninfrastruktur und in Agglomerationsprogramme. Nun gilt es, die drängendsten Projekte zu priorisieren und nicht diejenigen, deren Vertreter in Bundesbern am lautesten fordern.

Eindeutiges Ja zum Strassenfonds

Alle 26 Kantone sagen Ja zum neuen Strassenfonds. Die Gegner befürchten negative Folgen für den Klimaschutz.

BERN Das breite Unterstützungskomitee mit Vertretern aller Parteien sowie zahlreichen Verbänden zeigte sich sehr erfreut über das deutliche Ja zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Das Votum zeige klar und deutlich, dass die Schweizer Bevölkerung die verschiedenen Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausspielen wolle, sagte der Aargauer FDP-Nationalrat Thierry Burkart. Das Stimmvolk habe «für eine ganzheitliche und gegen eine einseitige, ideologische Verkehrspolitik» votiert, wie sie von Links-Grün betrieben werde, sagte das Mitglied des Ja-Komitees. Das Resultat (61,95 %) entspreche in etwa dem Ja-Anteil bei der 2014 angenommenen Vorlage zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur (Fabi).

«Moderne Strasseninfrastruktur»

Auf den Bahninfrastrukturfonds bezogen sich auch die Verbände der Auto- und Strassenlobby, die das Resultat mit Genugtuung zur Kenntnis nahmen. Fast alle hoben hervor, dass mit der Annahme des NAF ein Gleichgewicht zwischen Bahn- und Strasseninfrastruktur geschaffen werde. Der Souverän habe die Chance genutzt, das Verkehrsnetz der Schweiz in seiner Gesamtheit zu stärken, schreibt der Touring Club Schweiz (TCS). Mit dem Ja zum neuen Verkehrsfonds werde die Schweiz auch in Zukunft über eine «moderne und bedürfnisgerechte» Strasseninfrastruktur verfügen. Der Automobil Club der Schweiz (ACS), der seit Kurzem vom Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter präsidiert wird,



Mit dem Ja zum NAF sollen die Stautunden auf Schweizer Strassen sinken. Bild Key

teilte mit, er sei hoch erfreut, dass sich die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger so deutlich zugunsten des NAF ausgesprochen hätten. Damit sei der Weg frei zur Beseitigung der Engpässe und zur kontinuierlichen

Verbesserung der Strasseninfrastrukturen, auch in den Agglomerationen. Er erwarte jetzt, dass den Worten rasch Taten folgen und die nötigen Ausbauschritte der Strasseninfrastruktur umgesetzt werden.

Autoverbände äusserten sich ebenfalls zufrieden. Mit dem NAF könne nun in dringende Projekte zur Engpassbeseitigung investiert werden, teilte der Verband Auto-Schweiz mit. Er zeigte sich auch darüber erleichtert, dass eine «massiv höhere Kostenbelastung der Strassenbenutzer» vermieden werden konnte.

Klimafeindlicher Entscheid

Kritische Töne kamen gestern aus dem unterlegenen Lager. «Der heutige Entscheid torpediert die Bemühungen für den Klimaschutz», sagte Regula Rytz, die Präsidentin der Grünen Partei, auf Anfrage. Der neue Fonds werde auch die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens erschweren. Dies sei die «bittere Pille», die mit dem Abstimmungsresultat zu schlucken sei. Denn der NAF werde mehr Strassenverkehr zur Folge haben und komme einem «Plädoyer für mehr Verkehrswachstum» gleich, sagte die Berner Nationalrätin: «Wir Grünen werden nun den Widerstand auf der lokalen Ebene weiterführen.»

Aus Sicht von VCS-Präsidentin Evi Allemann nahmen die NAF-Befürworter einen zu tiefen Griff in die Bundeskasse in Kauf. Darin bestehe der eigentliche «Architekturfehler» dieser Vorlage. Die Finanzierung der Strasseninfrastruktur langfristig zu sichern, sei grundsätzlich richtig. Jährlich 650 Millionen Franken aus der Bundeskasse dafür aufzuwenden, sei jedoch zu viel. «Dieses Geld wird uns anderswo fehlen. Da müssen wir uns nichts vormachen», sagte Allemann.

Erfreut über das Abstimmungsresultat zeigte sich auch das Gewerbe. Die Wirtschaft sei auf leistungsfähige und gut ausgebaute Verkehrswege angewiesen, argumentierten verschiedene Verbände. Denn Stautunden sind immer auch mit volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. (sda/r.)

Klares Nein an die Lehrplan-Gegner

Im Kanton Aargau fahren die Gegner des Lehrplans 21 eine Niederlage ein. 69,5 Prozent wollen keinen Alleingang.

AARAU Im Kanton Aargau bleibt der Weg frei zur Einführung des Lehrplans 21. Die Stimmberechtigten haben eine Volksinitiative sehr deutlich abgelehnt, die den umstrittenen Lehrplan verhindern wollte. Die Initiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» scheiterte mit einem Nein-

Stimmen-Anteil von 69,52 Prozent. Die Beteiligung betrug 42,40 Prozent. Ein konservatives Komitee hatte das Begehren lanciert. Der «völlig verfehlte Lehrplan 21» führe zu einem neuen Bildungsverständnis, weg vom Sachwissen und hin zu sogenannten Kompetenzen, hiess es. Die SVP unterstützte das Begehren. Regierung, Parlament und ein breites Nein-Komitee aus Parteien und Verbänden kämpften gegen die «schädliche Volksinitiative». Diese hätte den Aargau in einen «bildungspolitischen Alleingang» gedrängt, hiess es.

Nach dem Nein zur Initiative kann der Kanton wie geplant weitermachen. Der Regierungsrat will den Lehrplan 21 auf das Schuljahr 2020/21 einführen. Die Gegner der Initiative reagierten «mit grosser Erleichterung» auf den klaren Volksentscheid. Der Aargau gehört bislang nicht der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule an. Daher kann der Kanton selbst über seinen Lehrplan entscheiden. Der Lehrplan 21 geht auf eine eidgenössische Volksabstimmung aus dem Jahr 2006 zurück. Damals sprach sich eine Mehr-

heit der Stimmberechtigten für eine Harmonisierung der Schulen aus.

Die Gegner des Lehrplans waren bereits in anderen Kantonen gescheitert. Die Stimmberechtigten in Schaffhausen und im Thurgau sprachen sich am 27. November klar dagegen aus, dass das Kantonsparlament den Lehrplan genehmigen sollte. Zwei Monate zuvor hatten die Stimmberechtigten im Kanton St. Gallen eine Initiative zum Ausstieg aus dem HarmoS-Konkordat deutlich abgelehnt. Initiativen gegen den Lehrplan 21 sind in Solothurn und Basel-Landschaft hängig. (sda)

Spitzenmedizin nicht konzentrieren

NEUBURG Der Kanton Neuenburg muss auch künftig Spitzenmedizin in den Spitalern von La Chaux-de-Fonds und Neuenburg anbieten. Eine Volksinitiative für zwei unabhängige Spitäler ist angenommen worden. Der Gegenvorschlag der Regierung mit einer Neuorganisation der Spitalstandorte unterlag. Dem Urnengang war ein intensiver Abstimmungskampf zwischen dem Neuenburger Jura und dem unteren Kantonsteil am See vorangegangen. Die Regierung und das Kantonsparlament wollten die Spitzenmedizin auf das Spital Pourtalès im Hauptort Neuenburg konzentrieren. (sda)

Eidgenössische Abstimmungen Resultate in den Schaffhauser Gemeinden

	Erleichterte Einbürgerung		Strassenfonds (NAF)		Unternehmenssteuerreform III		Stimmeteiligung %
	JA	NEIN	JA	NEIN	JA	NEIN	
Bargen	43	104	78	66	67	79	72,8
Beggingen	82	174	123	131	114	131	68,7
Beringen	910	985	1133	693	838	951	64,9
Buch	42	75	40	72	43	68	60,5
Buchberg	221	245	295	162	207	239	75,2
Büttenhardt	81	99	105	69	61	107	67,5
Dörfingen	221	274	291	175	213	261	74,9
Gächlingen	214	215	231	178	184	225	69,8
Hallau	451	523	539	418	428	516	68,7
Hemishofen	118	112	113	110	81	141	69,3
Lohn	170	209	211	146	153	199	74,5
Löhningen	290	328	386	210	293	303	64,9
Merishausen	167	229	226	154	182	196	74,1
Neuhausen	1510	1505	1528	1351	1086	1791	58,5
Neunkirch	508	457	541	360	388	507	70,6
Oberhallau	87	134	119	98	100	120	68,1
Ramsen	222	320	276	245	235	279	60,6
Rüdlingen	190	210	257	136	183	204	73,3
Schaffhausen	8323	5477	7228	5899	5268	7895	64,9
Schleitheim	360	363	432	265	345	356	61,9
Sibilingen	201	169	227	133	136	215	63,0
Stein a. Rhein	827	619	835	566	573	826	65,3
Stetten	322	255	399	163	331	232	70,0
Thayngen	1017	1285	1316	897	915	1275	71,0
Trasadingen	99	148	120	122	103	140	64,8
Wilchingen	372	453	420	382	327	462	69,4
Total	17 048	14 967	17 469	13 201	12 854	17 718	65,7

Nur Stetten nahm im Kanton die Steuerreform an

SCHAFFHAUSEN Der Kanton Schaffhausen hat an diesem Wochenende die gleichen Entscheidungen getroffen wie der Schweizer Durchschnitt: Ja zur erleichterten Einbürgerung und zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF), Nein zur Unternehmenssteuerreform III (USR III).

Die USR III fiel im Kanton mit 58 % Nein-Stimmen klar durch. Nur in einer Gemeinde sprachen sich die Stimmberechtigten für die Steuerreform aus: Stetten.

Klar war hingegen die Zustimmung für den NAF. 57 % der Stimmberechtigten befürworteten den Fonds für die Finanzierung von Nationalstrassen und Agglomerationsprogrammen. Doch es gab auch einzelne ablehnende Gemeinden: So sagte Beggingen mit 123 zu 131 Stimmen ebenso wie Buch (40 zu 72) Nein, und auch Trasadingen wollte vom NAF nichts wissen. Hier fiel die Entscheidung allerdings

hauchdünn: 120 Einwohner waren dafür, 122 dagegen.

Deutlich umstrittener war die Vorlage zur erleichterten Einbürgerung der dritten Generation. Wohl stimmte der Kanton gesamthaft der Vorlage mit 53,2 % der Stimmen zu, doch dabei gaben vor allem die Städte Schaffhausen und Stein am Rhein den Ausschlag. Von den 26 Gemeinden waren 19 gegen die Erleichterung für die dritte Generation. Und dabei kam es hüben wie drüben zu ein paar haarscharfen Entscheidungen: Bei den Gegnern betrug der Unterschied in Gächlingen nur gerade eine Stimme (214 zu 215). In Schleitheim machten drei Stimmen die Differenz. Auf der Seite der Befürworter reihte sich Neuhausen ganz knapp ein: 1510 Ja-Stimmen standen 1505 Nein-Stimmen gegenüber.

Am meisten ungültige Stimmabgaben gab es dieses Mal in Neunkirch, wo 25 Stimmen nicht zählten. (sk)